



Österreich



Pflege-Notstand: Kommen 2-Euro-Jobs?

Arbeitsminister Bartenstein und Sozialminister Buchinger ringen um ein Pflegemodell. Eines haben beide Vorschläge gemeinsam: Das Pflegepersonal soll zu mißerablen Bedingungen arbeiten. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Kik: Kapitalismus ist kriminell

Fristlose Entlassung, Verbot von Kontakt zu privaten FreundInnen, existenzgefährdende Klagsdrohungen. Erfahrungen eines Betriebsrats-Kandidaten. SEITE 3

Schwerpunkt



Kapitalismus heizt ein: Die Klimakatastrophe

In diesem "Winter" ist der Klimawandel in aller Munde. "Öko-Steuern", Flugverbote und andere kreative Ideen. Nur: Das geht an der Wurzel des Übels vorbei. Im Kapitalismus wird es keine Lösung geben. SEITEN 4/5

Internationales



Krieg gegen den Iran?

George W. Bush rührt schon die nächste Kriegstrommel. Das Ziel: Der Iran, der eifrig an einer Atombombe bastelt. Zwar ist eine Invasion derzeit eher unwahrscheinlich, doch selbst einzelne Luftangriffe können das Pulverfass zum Überlaufen bringen. SEITE 7

Statt Studiengebühren werden jetzt Reichensteuern abgeschafft

SPÖVP-Regierung

ist schlecht

für Arbeitende & Jugendliche

Von Claudia Sorger
und John Evers, SLP-Wien

Abschaffung der Erbschaftsteuer statt Grundsicherung, Zwangsarbeit statt Arbeitsplätze, Studiengebühren und Eurofighter statt Armutsbekämpfung: Von einem bloßem "Umfallen" der SPÖ kann nicht die Rede sein. Die letzten Wochen beweisen es!

NEOLIBERALER REGIERUNGSWAHNSINN HAT METHODE

War im Wahlkampf noch von einer Grundsicherung von 800 Euro die Rede, so ist für Wiens SPÖ-Bürgermeister Häupl die bereits beschlossene Abschaffung der Erbschaftsteuer nur mehr ein "kleines Problem" (Der Standard, 13.3.07). Während sich die Familie des "Krone"-Herausgebers Dichand bei dessen Ableben 60 Millionen Euro erspart, sieht das Regierungsprogramm lediglich eine "bedarfsorientierte Mindestsicherung" für Arme vor.

"MINDESTSICHERUNG" KANN MEHR ARMUT BEDEUTEN

Diese "Mindestsicherung" soll nun erst 09 mit 726,- brutto kommen; 14 mal jährlich, orientiert am Ausgleichszulagenrichtsatz für PensionistInnen. Es ist nicht sicher ob die "Mindestsicherung" mehr Geld für SozialhilfebezieherInnen bedeutet. Denn der derzeitige Sozialhilferichtsatz besteht aus Einzelleistungen, die zusammen gerechnet in manchen Bundesländern bereits über 726 Euro ausmachen. Trotzdem heftet sich Sozialminister Buchinger nach wie vor die Armutsbekämpfung auf seine Fahnen und ignoriert, dass damit nicht einmal die von der

EU festgelegte Armutsschwelle überschritten würde.

BUCHINGERS
"REVOLUTIONÄRE" IDEE:
LÄNGER PENDELN

Das "sozialere Österreich", das Gusenbauer im Wahlkampf versprochen hat, ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: SozialhilfeempfängerInnen sollen in Zukunft dem "Arbeitsamt" (AMS) unterstellt werden - damit ihnen leichter die Bezüge gekürzt und gestrichen werden können. Die Aussage von "Sozial"minister Buchinger dazu ist der reinste Hohn: "Diesen Menschen damit Chancen eröffnen, Unterstützung zu bieten, Förderung zu geben, das ist geradezu eine revolutionäre Tat." Gleichzeitig sollen auch die Zumutbarkeitsbestimmungen verschärft werden. Alle Personen, die nicht bereit sind oder denen es nicht möglich ist, zwei oder mehr Stunden Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz jeden Tag auf sich zu nehmen, sollen mit Sanktionen belegt werden.

Mit Einführung der "Mindestsicherung" wird auch die Verschärfung des Strafenkatalogs für den sogenannten Missbrauch angestrebt. All das sind Maßnahmen, die einer Armutsvermeidung im Wege stehen, da der Zugang zu diesen Leistungen erschwert wird. Auch die Ankündigung im Regierungsprogramm, Langzeitarbeitslose in Zukunft in "gemeinnützige Arbeitsprojekte" einzugliedern, lässt Übles erwarten.

SPÖ SETZT HARTZ IV
IN ÖSTERREICH UM!

Werden diese Maßnahmen in ihrer Gesamtheit gesehen, dann

erinnern sie frappant an "Hartz IV" in Deutschland - so höhnt jedenfalls der rechtskonservative Journalist Christian Ortner über die SPÖ-geführte Regierung (Die Presse, 2.3.2007). Hartz IV bedeutet aber: Sozialausgaben einzusparen, womit Armut verstärkt und ganz sicher nicht bekämpft wird. Die Einführung von 1 Euro Jobs hatte in Deutschland zur Folge, das reguläre Arbeitsplätze abgebaut und Lohndumping verstärkt wurde. Die Argumente, dass arbeitslose Menschen dem Arbeitsmarkt wieder zugeführt wurden, stellten sich als Propaganda heraus, da in Deutschland nur 15% der Menschen, die in 1-Euro-Jobs gesteckt wurden, in den regulären "ersten" Arbeitsmarkt zurückkehren konnten. Bezeichnend ist auch, in welchem Gleichklang ÖVP und SPÖ diesen Sozialabbau ausverhandeln und sich dabei auch in der Wortwahl nach außen ähneln. Zur Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen meinte etwa ÖVP Generalsekretär Missethon "Wir fördern aber nicht nur, wir fordern auch." während Sozialminister Buchinger argumentierte: "Ich gebe zu, im europäischen Vergleich sind die Zumutbarkeitsbestimmungen hart. Aber es entspricht unserem Grundsatz: Fördern und Fordern."

ÖSTERREICHS KONZERNE
SCHWIMMEN IM GELD"
(DIE PRESSE 1.3.2007)

Um allen Menschen die in

Österreich offiziell als "arm" gelten (ca. 300.000 Personen) eine echte Grundsicherung von 1.000 Euro im Monat zu ermöglichen, sind etwas mehr als vier Milliarden Euro im Jahr notwendig. Alleine der Verzicht auf die Eurofighter (inkl. Betriebskosten) würde diese Summe für mehr als ein Jahr

Presse, 5.3.2007). Doch um einen echten Kurswechsel umzusetzen brauchen wir nicht Gusi und Co., sondern echte "Sozialfighter"; also ArbeitnehmerInnen und Jugendliche die am besten gemeinsam mit uns aktiv werden wollen.

1. MAI NUTZEN

Der 1.Mai ist ein Tag an dem ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche ihren Forderungen Nachdruck verleihen: Das ist gerade dieses Jahr nötig. Mit einem deutlichen

sichern. Nur mit der Erhöhung der Vermögenssteuern auf den EU-Durchschnitt wäre die Bekämpfung dieser elementaren Armut dauerhaft möglich. Doch wir wollen mehr: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche und

ein Mindestlohn von 1.100 Euro netto würden zehntausende neue Arbeitsplätze schaffen und ein Leben in sozialer Sicherheit für alle Menschen ermöglichen. Auch das könnte finanziert werden, wie selbst der neoliberale Wirtschaftsminister Bartenstein (!) einräumt: "Die Kapitaleinkommen steigen, und die Lohnquote geht zurück. Das kann es nicht sein." (Die

Zeichen auch gegen die SPÖ-Regierungspolitik!

Der Standpunkt

Wes' Brot
ich ess, des'
Lied ich sing.

von Sonja Grusch



Was machen abgehalfterte PolitikerInnen und ihre MitarbeiterInnen, abgesehen davon, dass sie viel Geld aus

Steuermitteln kassieren?

Seit einiger Zeit gründen sie "Beratungs-" und "Lobbying-Firmen". Das geht durch alle politischen Lager. In diesem Bereich sind unter anderen Rumpold (Ex-FPÖ, BZÖ), Grasser (Ex-FPÖ, BZÖ), Meischberger (Ex-FPÖ, BZÖ), Ex-ÖVP-Kanzler (Schüssel)-Sprecherin Glück, Ecker (SPÖ) und Langthaler (Grüne) tätig. Auch der Ex-Kanzler Vranitzky soll als "Berater" ein Honorar kassiert haben. Dass Firmen wie z.B. Magna sich gerne Ex-PolitikerInnen anstellen, erfüllt denselben Zweck. Eurofighter-Boss Rauen bestätigt, dass politische Kontakte immer ein Kriterium bei der Auswahl von EADS-BeraterInnen seien.

Der Unterschied zwischen "Lobbying" und Bestechung ist nur bedingt verständlich. Wenn ich als Privatperson jemand bezahle, damit er jemand anderen davon überzeugt, etwas zu tun, was ich will, fällt das wahrscheinlich in den Bereich "Bestechung". Zahlt eine Firma einen "Lobbyisten" um genau dasselbe zu tun, ist es legal. Wo der Unterschied ist? Wohl weniger in der Handlung selbst als in den Interessen der Beteiligten. Das zeigt, wie wenig "unabhängig" die PolitikerInnen bzw. Parteien tatsächlich sind.

Die Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik sind intensiv und offensichtlich auch lukrativ. Sie machen deutlich, dass die "VolksvertreterInnen" wohl nur die Interessen eines kleinen Teils des "Volkes" vertreten - was sich in ihrer neoliberalen Politik praktisch niederschlägt. Die Fälle, die bekannt werden, sind nur die Spitze des Eisberges der finanziellen "Überzeugungsmaßnahmen" der Wirtschaft für die Politik. Laut EU-Kommission sind ca. 15.000 LobbyistInnen in Brüssel tätig, davon über 70% für Unternehmen. Milliarden werden weltweit jährlich für diese Form der legalen Bestechung ausgegeben, die die Firmen natürlich bei den Löhnen der Beschäftigten wieder reinholen müssen. Soviel zum "freien Wettbewerb". Bezeichnend ist, wie viele Ex-PolitikerInnen sich im Lobbying-Business finden. Übrigens: eines der häufigsten Argumente für die hohen PolitikerInnen-einkommen ist, dass sie diese davor schützen würden, bestechbar zu werden ...

Jeder Mensch hat das Recht auf kostenlose und umfassende Pflege Nein zu Hungerlöhnen & teurer Pflege

von Michael Gehmacher,
Behindertenbetreuer
und Betriebsrat (GPA)

Eine humane Lösung für den Pflegenotstand zu finden, scheitert nicht am Streit zwischen Sozialminister Buchinger und Arbeitsminister Bartenstein. Soweit liegen SPÖ und ÖVP nicht auseinander. Der aktuelle Bartensteinvorschlag - 24-Stundenpflege für 3.000 Euro im Monat - ist unsozial für Pflegebedürftige und Pflegepersonal. Und auch Buchingers Vorschlag wälzt die Kosten größtenteils auf die Pflegebedürftigen ab. Die Debatte zeigt die Unfähigkeit der etablierten Parteien, Antworten zu geben, die für Pflegebedürftige, Angehörige und im Pflegebereich Beschäftigte tatsächlich Lösungen sind.

HUMANE PFLEGE
KOSTET GELD!

In Österreich sind rund eine halbe Million Menschen pflegebedürftig. Davon wird die große Mehrheit "zu Hause" betreut bzw. gepflegt. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten schätzt das rund 40.000 von "illegalen" PflegerInnen betreut werden. Auf der einen Seite steht ein Recht auf bestmögliche Pflege. Auf der anderen haben PflegerInnen Anspruch auf eine gerechte Bezahlung. Gute Pflege und ordentliche Gehälter kosten viel Geld!

NEIN ZUM LOHNDUMPING!

Bartenstein will illegale PflegerInnen nun "legalisieren": Sie sollen ein eigenes

Gesetz ähnlich dem Hausangestelltengesetz bekommen. Dann "kann" rund und um die Uhr (128 Stunden in zwei Wochen!) gearbeitet werden und es sind extrem niedrige Löhne möglich. Hier soll über die Pflege ein ganzer Billiglohnsektor für private Dienstleistungen eingeführt werden. Nach dem Bartensteinmodell sollen sich zwei Menschen alle zwei Wochen mit einer 24-Stunden-Betreuung abwechseln. Den Betroffenen soll das ganze bis zu 3000 Euro an Eigenleistungen kosten.

Für die Pflegenden bedeutet das Hungerlöhne. Das bricht wohl auch den Bann für Billiglöhne in anderen Bereichen! Sind die Arbeitsverträge dann noch auf "Selbstständigengrundbasis" kommt noch die volle Last der Sozialversicherung und Steuern dazu. Die Ausbeutung durch dubiose ArbeitsvermittlerInnen, ähnlich wie jetzt in der Illegalität, bleibt weiter möglich.

Davon abgesehen: 3.000 Euro Eigenbetrag (bei 750 Euro Durchschnittspension für Frauen und 1.270 Euro für Männer und einem Pflegegeld von 148,30 bis maximal 156,10 Euro) ist für die meisten ohnehin unleistbar. Ein Großteil würde weiter "illegale" Pflege in Anspruch nehmen (müssen). Beziehungsweise - wie es auch jetzt der Fall ist - unbezahlte Pflege durch ungeschulte und häufig überforderte (und meist weibliche) Angehörige.

AUCH DER BUCHINGER-
VORSCHLAG GREIFT ZU KURZ!

Laut Medienbericht will Bu-

chinger mit maximal 120 Millionen Euro auskommen. Er geht von 10.000 bis 50.000 illegalen PflegerInnen aus, diese sollen in ein öffentliches Pflegesystem (über Trägerorganisationen wie die z.B. Volkshilfe) eingebunden werden. Ihre Bezahlung soll ähnlich wie in Pflegeheimen finanziert werden, in dem bis zu 80% von Pension und Pflegegeld der Betroffenen einbehalten werden. Damit werden die Kosten wieder auf die Betroffenen abgewälzt. Was zusätzlich nötig ist, sollen Bund und Länder aus den besagten 120 Millionen zuschießen. Angesichts der beschämenden Höhen von Pension und Pflegegeld - wie bei Bartenstein - ein Billiglohnmodell.

Beiden Modellen bedeuten: 1) Hungerlöhne für die Pflegenden und 2) Nicht oder kaum leistbar für die Pflegebedürftigen. Auch beim Buchinger-Modell wird der Trend, die Kosten für die Pflege von der öffentlichen Hand auf die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen abzuwälzen, fortgesetzt. Im Regierungsübereinkommen steht hierzu: "Für die Betreuung daheim ist ein eigener Beschäftigungstypus möglichst auf Basis selbstständiger Beschäftigung zu entwickeln" und "Ziel der Harmonisierung ... zum Eingriff in private Vermögenswerte, insbesondere an nicht dem Wohnbedürfnis dienenden Liegenschaften sowie des Regess an Nachkommen". Da die Regierung keine Umverteilung zu Gunsten Nicht-Reicher plant,



Kommen
2-Euro-Jobs?

ist es
wahr-
scheinlich, dass
die Angehörigen werden zahlen müssen.

"ILLEGALE PFLEGE" - WO
BLEIBT DIE GEWERKSCHAFT?

Gegen "illegale" KollegInnen mit Anzeigen (diese haben die Debatte ausgelöst) vorzugehen ist unsolidarisch, schadet auch den "legal" Beschäftigten. Eine gemeinsame Kampagne von legalen und illegalen PflegerInnen, geführt von und mit den betroffenen Gewerkschaften, könnte angesichts der aktuellen Debatte und Sensibilisierung große Verbesserungen für die Beschäftigten und die zu Pflegenden erreichen.

Die SLP ist für die Abschaffung aller rassistischen Gesetze und für die soziale und demokratische Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. JedeR PflegerIn

muss einen
Mindestlohn
von 1.100.- netto pro Monat haben. Als ersten Schritt sollte das Grundgehalt im entsprechenden BAGS-KV um 200 Euro und die Erschwerniszulage auf zwei Euro pro Arbeitsstunde erhöht werden.

SIND GUTE UND HUMANE
PFLEGE UND ORDENTLICH
BEZAHLTE JOBS UNLEISTBAR?

Die 20 größten börsennotierten Konzerne zusammen kommen 2005 nach Schätzungen auf fast sechs Mrd. Euro Gewinn, knapp 30% davon werden als Dividende ausgeschüttet.

Es ist genug Geld da, um alle Pflegebedürftigen umfassend und menschlich zu betreuen und um alle Pflegenden sozialrechtlich abzusichern und ordentlich zu bezahlen! Es lohnt sich gemeinsam dafür zu kämpfen!

Kinder sieben Jahre in Dunkelhaft gehalten

Konservatives Familienbild = Heuchelei

von Nora Brandes, SLP-Wien

Nach dem aufgeflogenen Skandal einer Juristin aus Oberösterreich, die ihre drei Töchter sieben Jahre lang in ihrem Haus in Dunkelhaft gehalten haben soll, fragten sich Viele entsetzt: "Wie konnte so etwas passieren?" Der oberösterreichische SP-Klubobmann Karl Fraiss forderte eine Untersuchung durch den Landesschulrat, ob hier "Kontrollmechanismen" versagt hätten. Die Frage ist aber immer, wer kontrolliert zu welchem Zweck - und ist das Geld dafür da? In unserer Gesellschaft gibt es real zu wenig Schutz von Kindern. Die Frage ist also vielmehr, wie gesellschaftliche Kontrolle funktionieren könnte, damit Kinder solchen Eltern nicht hilflos ausgeliefert sind.

DIE HEILIGE FAMILIE

Skandale wie dieser zeigen, dass das oft als harmonisch dargestellte Modell der Kleinfamilie, aber auch unser Schul-

system hier offensichtlich versagen. In der Schule wird - auch wegen Personaleinsparungen - wenig bis gar nicht auf persönliche Probleme von Kindern eingegangen. Die Kleinfamilienstruktur isoliert die Menschen voneinander und macht Kinder großteils völlig von den Eltern abhängig. Die Eltern selbst sind außerdem oft großem Druck in Arbeit und Haushalt ausgesetzt und haben nicht die Kapazitäten ihren Kindern genügend Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen.

KINDERSCHUTZ HAT
VORRANG VOR ELTERNRECHT

Es ist jedoch notwendig Kindern Schutz und Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Die Erziehung eines Kindes darf nicht großteils in den Verantwortungsbereich der Eltern abgeschoben werden. Denn auch wenn Kirchenvertreter das behaupten: Eltern sind nicht "von Natur aus" zur Kindererziehung geboren. Es muss auch

die Verantwortung der Gesellschaft betont werden. Die Schule sollte nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung sein, sondern dem Kind auch die Möglichkeit bieten sich persönlich zu entfalten. Ein Gesamtschulmodell, wo Kinder unter professioneller Betreuung Hausaufgaben machen, Freizeitaktivitäten kollektiv organisieren können und Ansprechpersonen für ihre Probleme haben, wäre ein richtiger Schritt. Durch solch ein Modell würden gleichzeitig auch die Eltern entlastet werden. Diese Forderung muss generell mit der Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung verbunden werden, durch welche die Eltern auch mehr Ressourcen hätten um sich mit ihrem Kind zu beschäftigen.

FÜR NEUE MODELLE
DES ZUSAMMENLEBENS!

Wichtig ist es jedoch auch, die voneinander isolierten Kleinfamilien zusammenzuführen, sodass auch der



Die "heile" Familie ist leider allzu oft nur Schein

zwischenmenschliche Kontakt von EinwohnerInnen desselben Hausblocks/Grätzels, die sich oft nicht einmal kennen (!), gefördert wird. Dies kann z. B. durch Gemeinschaftsküchen in Wohnhäusern und die Schaffung von Gemeinschaftsräumen umgesetzt werden, wodurch eine

größere Hausgemeinschaft entstehen kann, in der es viel schneller auffällt, wenn Eltern ihre Kinder zu Hause einsperren und misshandeln. Gerade durch Gemeinschaftsküchen wird auch ein Teil der Last der Hausarbeit, die gewöhnlich auf Frauen abgeschoben wird, aus der Familie ausgelagert.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei
Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

KiK – Kapitalismus ist kriminell

Oder: Wie Konzerne ArbeitnehmerInnenrechte mit Füßen treten

von Karl Krumpfschmid,
SLP-Wien

Der seit viereinhalb Jahren bei KiK in Villach angestellte Filialleiter Andreas Fillei wagte es im letzten Sommer auf Klagen von KollegInnen über Missstände innerhalb des Diskonters aufmerksam zu machen. Diese fingen bei der – wegen Unterbesetzung der Filialen oder nicht vorhandener WCs – fehlenden Möglichkeit, eine Toilette aufzusuchen an. "85% bekommen die Vor- und Abschlussarbeiten nicht bezahlt und 60% beklagen, dass ihre Wochenstunden willkürlich hinauf- und hinuntergesetzt werden. Die vereinbarte Arbeitszeit wird mit jeder/m zweiten ArbeitnehmerIn nicht eingehalten," so Kollege Grundei von der GPA-DJP. Ähnliche Zustände kennen wahrscheinlich viele in Großkonzernen tätigen Handelsangestellten.

LISTE "WIR SIND KiK"

Als Fillei am 13. Februar 07 die Kandidatur seiner Liste "Wir sind KiK" zur Betriebsratswahl bekannt gab, wurde der zu diesem Zeitpunkt in Ternitz (NÖ) Aushelfende am 15. von einem Mitarbeiter in eine andere Filiale geschickt. Mit der Begründung, der Ge-



Andreas Fillei

schaftsführer Wolfgang Seebacher hätte etwas mit ihm zu besprechen, brachte ihn der dortige Verkaufsleiter in die Zentrale nach Wien. Hier erwartete ihn allerdings die fristlose Kündigung und ein Hausverbot für alle KiK-Filialen.

Andreas Fillei: "Ich wurde mit dem Vorwurf konfrontiert, es bliebe 'keine andere Wahl', als mich fristlos zu entlassen, nachdem ich der Firma großen Schaden zugefügt hätte. Was für ein Schaden das sein sollte, erwähnte Seebacher nicht." Weiters: "Die Sig-

nalwirkung an die Mitarbeiter muss man wohl nicht beschreiben. Einmalig ist auch, dass alle Mitarbeiter österreichweit von meiner Kündigung schriftlich informiert wurden. Mir selbst drohte Seebacher mit 'Klagen bis ans Lebensende', sollte ich je wieder Kontakt zu einem Filialmitarbeiter aufnehmen." Auf die Frage, ob das auch private Freundschaften einschließt, meinte er: "Es sieht so aus, als ob private Telefongespräche in Österreich verboten wären."

KiK-MANAGEMENT FORDERT GEWERKSCHAFT HERAUS

Diese Ereignisse führten am 22. Februar zu österreichweiten Protestaktionen der GPA/DJP. Vor der Zentrale in Wien Penzing waren gut 300 Leute, die Ihren Protest lautstark kundtaten. Wir von der SLP waren Vorort, um unsere Solidarität zu bekunden. Leider sprachen die anwesenden ÖGB-Funktionäre weiterhin von den Erfolgen der Sozialpartnerschaft und baten die KiK-Betriebsleitung immer

wieder um Verhandlungen. Die Liste "Wir sind KiK" wurde aber schließlich einfach nicht zur Wahl zugelassen. Und eine weitere Mitarbeiterin wurde entlassen, als der Geschäftsleitung zu Ohren kam, dass diese der Gewerkschaft beigetreten sei. In einer Infomail räumt die GPA-DJP inzwischen selbst ein, dass es den Gerichten zumindest bisher offenbar nicht "möglich" war, in "unserem Sinne" zu entscheiden. Doch was wirklich weiter geschehen soll – außer dem juristischen Weg, der offenbar nicht wirklich zum Erfolg führt – war zumindest bis Mitte März völlig unklar.

WIE SOLLTE ES WEITER GEHEN?

Die Struktur solcher Konzerne macht gewerkschaftliche Arbeit von vornherein sehr schwierig. Die Arbeit-

nehmerInnen arbeiten an unterschiedlichsten Standorten zu unterschiedlichen Zeiten. Trotz dieser widrigen Umstände wünschen sich lt. GPA 98% der Beschäftigten einen Betriebsrat. Gerade Großkonzerne lassen sich durch Appelle und relativ zahnlosen Drohungen nicht einschüchtern. Die GPA hätte die Ressourcen, um vor etlichen KiK-Filialen auf die Missstände aufmerksam zu machen. Wir würden uns – wie viele GewerkschafterInnen – jedenfalls anschließen! Neben – potentiellen – KundInnen, könnten vor allem die Beschäftigten selbst angesprochen, gewerkschaftlich organisiert und in die Planung von weiteren Kampfmaßnahmen einbezogen werden. Ohne diese wird das KiK-Management nämlich wohl kaum zu "überzeugen" sein.

Die Lüge vom Facharbeitermangel

Aber "Grenzen dicht" ist auch keine Lösung

Ein Kommentar von Herbert Wanko,
SLP-Wien und Betriebsrat (GMTN)

Die Diskussion um die Arbeitserlaubnis für ausländische Fachkräfte lässt sich von verschiedenen Standpunkten aus betrachten. Es ist schon schwer vorstellbar, dass bei über 300.000 Arbeitslosen, von denen 8.000 MetallfacharbeiterInnen sind, nicht 800 gefunden werden können, die – vielleicht nach einer kurzen Auffrischung ihrer Kenntnisse – froh über einen Job wären...

WUNDERBARE PERSPEKTIVEN FÜR'S KAPITAL

Für's Kapital eröffnet die Debatte aber trotzdem wunderbare Perspektiven: Nämlich ohne selbst in die Ausbildung von FacharbeiterInnen investieren zu müssen, auf billige Arbeitskräfte zurückgreifen zu können. Die Position der Gewerkschaftsführung ist demgegenüber, wie so oft, zwiespältig.

Einerseits wollen sie ja so lange als möglich überhaupt keine osteuropäischen ArbeiterInnen nach Österreich lassen und glauben scheinbar, dass mit dem Ende der Arbeitsbeschränkungen für Menschen aus den "neuen" EU-Staaten sich die Arbeitsplatzsituation und das Lohnniveau zwischen Ost- und West-EU angeglichen hat. Tendenziell geht es auch in diese Richtung. Mit dem kleinen, aber nicht unbedeutenden Fehler, dass sich der "Westen" langsam an den "Osten" angleicht. Andererseits erkennt die Gewerkschaftsspitze doch, dass nicht die billigen ArbeiterInnen aus dem "Osten" das Problem darstellen, sondern die Wirtschaft damit Lohndumping betreiben will und sich der Druck auf alle ArbeiterInnen in Österreich erhöhen wird. Wie so oft fällt ihnen außer vorsichtiger Kritik aber nichts dazu ein.

NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Für die ArbeiterInnenklasse ist die drohende Entwicklung wieder ein Schlag ins Gesicht: Mit der noch massiveren Ausbeutung von ausländischen KollegInnen – im Burgenland verdienen Beschäftigte aus Ungarn bis zu 40 % weniger als österreichische – wird der Lohndruck auf alle noch stärker und Arbeitslose müssen immer miesere Jobs zu immer schlechteren Bedingungen annehmen. Ein äußerst wichtiger Aspekt ist, dass diese Maßnahme zur Entsolidarisierung der ArbeiterInnen und damit zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse beitragen soll. RechtspopulistInnen und RassistInnen werden in ihren Hetztiraden wieder auf die ausländischen KollegInnen zeigen und behaupten, dass "die" die Arbeitsplätze wegnehmen und das Lohnniveau drücken. Die ArbeiterInnenklasse muss gegen diese neuerlichen Verschlechterungen ankämpfen. Aber nicht, indem ausländische KollegInnen von Österreich ferngehalten werden, sondern indem in- und ausländische ArbeiterInnen gemeinsam für gleiche Rechte sowie gleiche und gerechte Entlohnung kämpfen. Und gewerkschaftliche Kämpfe und Bewegungen auch jenseits der Grenzen unterstützen ...

ÖGB-Krise und Kongress haben bewiesen: Gewerkschaftsführung braucht Opposition

Kämpferische Konferenz am 19. Mai

von Sven Hilberth,
BR Radio Orange 94.0, GPF

Die Konferenz am 19.5.07 findet von 10-16.00 im Saal der Arbeiterkammer Wien in der Theresianumgasse 16-18 im 4. Wiener Gemeindebezirk statt. Sie wird organisiert von der Plattform und der "Initiative für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB", der "Werkstatt für Frieden und Solidarität", sowie verschiedenen anderen Gruppen.

Die Konferenz wird unter internationalen Gesichtspunkten stehen, u.a. sind internationale Gäste eingeladen wie Bernd Rixinger von der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in Stuttgart. Die Konferenz wird sich schwerpunktmäßig gegen die ArbeitnehmerInnenfeindliche Politik der neuen Bundesregierung richten, und für einen gemeinsamen Kampf des ÖGBs, um diese Angriffe zu verhindern.

Im Detail planen wir, neben den großen gemeinsamen Diskussionsforen auch in Arbeitsgruppen Strategien und Aktionen für folgende Teilbereiche zu entwickeln:

• Lehrlinge: Ein aufgewecktes Kündigungsrecht für Lehrlinge führt nicht nur nicht zu mehr Lehrstellen, sondern auch, ganz besonders im Handel, zum billigen Einsatz junger Lehrlinge statt normalen ArbeitnehmerInnen,



Gewerkschaft falsch

die dann nach einem Jahr durch die nächsten ersetzt werden können.

- Arbeitslosigkeit: Die immer stärker werdende Gruppe an Arbeitslosen werden verstärkt zum Lohndruck eingesetzt. Wie können Arbeitslose gemeinsam mit erwerbstätig Beschäftigten gemeinsam gegen das Problem kämpfen? Wie stark muss die Arbeitszeit bei vollem Lohn reduziert werden, damit wieder alle arbeitswilligen Beschäftigung bekommen?
- Mindestsicherung: Welche Auswirkungen hat die halbherzig eingeführte Grundsicherung auf Arbeitsverhältnisse, aber auch auf andere Sozialleistungen? Welche Verschlechterungen sind zu erwarten?
- Arbeitskämpfe: Nachdem die ÖGB-Gewerkschaften 2003 den Kampf gegen die Pensionsreform, aber auch gegen die ÖBB-Reform und Privatisierung in den Sand gesetzt haben, müssen wir Strategien finden, wie zukünftige Bewegungen wieder im Interesse der ArbeitnehmerInnen zum Abschluss geführt werden. Der Kampf bei der Textildiskont-Kette KiK wirft klar die Frage auf, ob die Gewerkschaftsstrategie, alleine auf juristische Maßnahmen zu setzen, wirklich zielführend ist. Weshalb versucht man nicht, mit Solidaritätsaktionen bis hin zu Streiks in anderen Firmen des Tengelmann-Konzerns wie zum Beispiel Obi, der sogar einen Betriebsrat hat, das Konzernmanagement zum Einlenken zu zwingen?
- Migration und Standortverlagerung: Wie können wir dem entgegenwirken, dass durch ein Ausspielen verschiedener Nationalitäten die Löhne und Arbeitsbedingungen weiterhin gedrückt werden? Produktionsverlagerun-



Gewerkschaft richtig

gen nach Osteuropa und Fernost werden genauso zum Lohndruck auch in Österreich verwendet ("Konkurrenzfähigkeit"), wie hierzulande die Spaltung in in- und ausländische ArbeitnehmerInnen. Durch Aufweichung von Kollektivverträgen, ausländische Subfirmen und diverser anderer "Tricks" wird ein solidarisches Miteinander unterlaufen, und noch dazu werden dadurch rechte politische Parteien gestärkt.

Wichtig ist uns, mit der Konferenz kämpferische BetriebsrätInnen und AktivistInnen vor Ort anzusprechen, aber auch Menschen, die bislang noch nie aktiv waren, nun aber die Notwendigkeit erkennen, für ihre Interessen selbst aktiv zu werden. In diesem Sinne sind auch Aktivitäten vor AMS-Stellen geplant, um auch dort Interessierte zur Konferenz einzuladen, aber auch, um darüber hinaus aktiv zu werden.

Klimakatastrophe: Ka

Trendumkehr ist nur durch demokratische Planwirtschaft möglich

“Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.”

(Karl Marx in "Das Kapital, III. Band")

von Jan Rybak SLP-Salzburg

Der wärmste Winter seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – nämlich der von 2006/07 – hat eindrucksvoll bewiesen, wie stark sich das Klima auf der Erde verändert. Verheerende Wirbelstürme und Hurrikans (wie der Hurrikan "Katrina" vom August 2005 oder der Sturm "Kyrill" vom Jänner 2007) treten immer häufiger auf. Hitze- und Kältewellen, Überflutungen und extreme Dürreperioden, verändertes Niederschlagverhalten, Änderungen von Meeresströmungen – all dies sind deutliche Zeichen eines klimatischen Wechsels.

Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) rechnet abhängig von den Zuwachsraten aller Treibhausgase bis 2100 mit einer Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur um bis zu 6,4 °C.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE MEHRHEIT DER MENSCHEN?

► Durch das verstärkte Schmelzen der Polkappen wird der Meeresspiegel bis zu 90 cm ansteigen, was eine reale Bedrohung für jene Menschen bedeutet, die auf Inseln oder in Küstenregionen wohnen. Länder mit flachen Küstengebieten, wie z.B. die Niederlande, Belgien oder Bangladesch werden teilweise überschwemmt werden, so sie nicht die finanziellen Möglichkeiten haben Dämme zu errich-

ten. Eine Katastrophe für die Menschen, die dort leben.

- Die zunehmende Hitze im Sommer wird zu einer erhöhten Anzahl an Hitzetoten führen (für das Jahr 2100 werden für Deutschland bis zu 12 000 Hitzetote prognostiziert). Außerdem kann es zu einer Ausbreitung von Krankheiten (wie z.B. Malaria) kommen, da deren Überträger warme Temperaturen brauchen.
- Wüsten breiten sich aus, ganze Landstriche veröden und die Zahl der Hungersnöte und -toten nimmt stark zu.
- Wasser wird weltweit knapper und es wird zu mehr Kriegen um Rohstoffe kommen.

Das ist nur ein kleiner Auszug aus dem umfangreichen Katalog dessen, was auf die Menschheit zukommen wird, wenn keine radikale Änderung der weltweiten Klimapolitik kommt.

WOHER KOMMT DER KLIMAWANDEL?

Die Ozonschicht schützt die Erde vor den UV-A und UV-B Strahlen der Sonne. Durch den Ausstoß von Treibhausgasen, wie dem früher in der Herstellung von Spraydosen und Verpackungen üblichen FCKW, wurden große Teile der Ozonschicht zerstört. 1987 wurde im Montreal-Protokoll ein Vertrag zur Abschaffung des FCKW unterzeichnet; doch erst, als US-amerikanische Konzerne weltweit führend waren in

der Herstellung alternativer Aerosol-Treibgase. Der Ausstoß an FCKW wurde bis 2005 um 86,5% reduziert, aber die Ozonschicht wird bis in die Mitte des 22. Jahrhunderts brauchen um sich zu regenerieren.

Ein weiterer Angriff auf die Ozonschicht, ist der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂). Seit Beginn der Industriellen Revolution vor ca. 200 Jahren hat der Anteil von CO₂ in der Atmosphäre um 25% zugenommen.

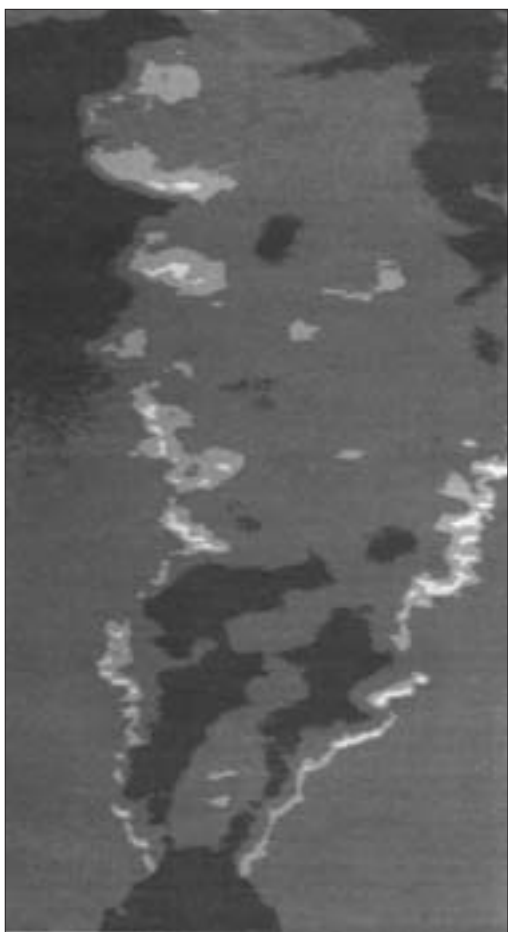
Ozonlöcher bilden sich vor allem an den Polen. Da die UV-Strahlen der Sonne dort nicht mehr abgeblockt werden erhitzen sich die Polkappen und schmelzen, was zu dem bereits erwähnten Ansteigen des Meeresspiegels führt.

CO₂ entsteht vor allem durch das Verbrennen fossiler Energieträger (z.B.: Erdölprodukte, Kohle, Holz, Gas, etc.). CO₂ zerstört die Ozonschicht, und führt zusätzlich noch zu einem als "global dimming" (globale Verdunklung) bezeichneten Phänomen. Dunkle Staubwolken bilden sich aus den Abgasen, und verhindern die Photosynthese der Pflanzen. Es gilt heute als erwiesen, dass dieser ungewünschte, zusätzliche Output der Industrie Einfluss auf das Klima hat, und auch einer der Gründe für die fürchterliche Hungersnot, die 1984 in Äthiopien wütete, war.

WER IST VERANTWORTLICH FÜR DIE KLIMAKATASTROPHE?

In den Medien wird propagiert, jedeR sei für den Klimawandel mitverantwortlich, da jedeR seinen/ihren Beitrag dazu leiste, die Umwelt zu verschmutzen. Doch die Wahrheit gestaltet sich, wie in viele Fällen, anders, als uns die Herrschenden und ihre Medien weismachen wollen.

Fakt ist, dass nicht der/die kleine PendlerIn für den Klimawandel genauso verantwortlich ist, wie die großen Konzerne (auch wenn diese vielleicht werbewirksam den WWF oder eine ähnliche Organisation fördern). Oft besteht auf Grund der schlechtausgebauten und vor allem zu teuren öffentlichen Verkehrsmittel keine andere Möglichkeit als mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. Der überwiegende Teil des weltweiten Ausstoßes an Treibhausgasen ist übrigens direkt



Sackgasse Emissionshandel

von Lisa Wawra, SLP-Wien

1992 trafen sich erstmals, im Rahmen der Vereinten Nationen, VertreterInnen aller wichtigen Staaten um über Klimaschutz und die Verringerung von Treibhausgasen zu reden.

DAS "ERGEBNIS" DAMALS:
MAN WOLLE SICH WIEDER TREFFEN.

Erst fünf Jahre später wurde das Kyoto-Protokoll beschlossen. Es sah vor, erstmal gar nichts zu unternehmen. Erst wenn alle Staaten, die zusammen für 55% des CO₂ Ausstoßes verantwortlich sind, das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, sollte es in Kraft treten. Und das war erst nach dem Beitritt Russlands 2005 der Fall. Ein wesentliches Problem ist aber, dass die USA, die ja der größte Produzent an CO₂ ist, und China den Vertrag erst gar nicht unterzeichnet haben.

DIE EU UND DER EMISSIONSHANDEL

Die EU-Staaten haben sich dazu verpflichtet, die CO₂ Emissionen bis 2012 im EU-Durchschnitt um 8 % gegenüber 1990 zu verringern. Da das im Allgemeinen ganz und gar nicht den Profitinteressen der Konzerne entsprach, musste man es ihnen schmackhafter machen, indem man Klimaschutz mit Profitmacherei verband.

Dies gelang durch den so genannten Emissionshandel; also der Handel mit Verschmutzungsrechten. "Funktionieren" tut das ganze folgendermaßen: Um die Umwelt mit ihren Emissionen zerstören zu dürfen, brauchen die Konzerne sog. Verschmutzungsrechte, die sie sich kaufen müssen. In der Regel bekommen sie diese aber zu einem großen Teil durch den Nationalen Allokationsplan (NAP, Nationaler Zuteilungsplan) vom jeweiligen Staat geschenkt. Den Rest müssen sie sich dazukaufen. Der Preis wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt und daraus lässt sich natürlich auch Gewinn machen. Nämlich indem man die überschüssigen Verschmutzungsrechte an andere Unternehmen, die mehr CO₂ als sie eigentlich dürfen in die Luft blasen, verkauft. Anschaulich lässt es sich mit einem Kettenraucher vergleichen, der sich in ein Restaurant setzt und sich von den anderen Gästen dafür bezahlen lässt, dass er nicht soviel raucht wie er rauchen könnte. Theoretisch angestrebt wird zwar, dass es immer weniger Verschmutzungsrechte zu erwerben gibt, bzw. sie immer teurer werden und dies schließlich zu Maßnahmen der einzelnen Konzerne zur CO₂ Reduktion führt. Allerdings scheint dies gescheitert zu sein, da die Unternehmen genügend Emissionsrechte besitzen was zu einem starken Kursverfall der Zertifikate führt.

LUFTVERSCHMUTZUNG AUF KOSTEN DER BEVÖLKERUNG

Der Plan sah vor, bis 30. Juni 2006 eine neue Obergrenze an Schadstoffausstoß festzulegen, die natürlich unter der aktuellen liegt. Demnach wird dann der Allokationsplan II erstellt, der weniger Schadstoffzertifikate als bisher vorsieht. Österreich hat die Frist bis 30. Juni ohne Angabe einer neuen Obergrenze verstreichen lassen, da diese Regierung - wie andere in Europa auch - anscheinend nicht wirklich an einer Verbesserung des CO₂ Ausstoßes interessiert ist. Es wird dafür lieber eine Strafe der EU wegen Vertragsverletzung in Kauf genommen, die dann bequem auf die Masse der Lohnabhängigen (=SteuerzahlerInnen) abgewälzt werden kann. Weil das bringt weniger Ärger mit den Konzernen und "sichert den Wirtschaftsstandort". Das der Umweltschutz vor allem auf Kosten der Bevölkerung geht und nicht etwa auf Kosten derer, die dafür verantwortlich sind zeigt auch das Umsetzungsmuster des ganzen Plans in der Alpenrepublik exemplarisch:

Österreich verschenkt im EU Durchschnitt besonders viele Verschmutzungsrechte, besonders an OMV, VOEST und Verbund, obwohl wir 30% über dem Erreichungswert des Kyoto-Protokolls und damit noch weiter entfernt von den EU-Vorgaben liegen. Jede Tonne CO₂, welche die Industrie nicht reduziert oder selbst beim Ankauf von Zertifikaten bezahlt, muss der Steuerzahler finanzieren", beschreibt

Greenpeace Energieexperte Mayer dieses 400-600 Millionen Euro teure Geschenk an die größten Umweltsünder Österreichs. Die Bundesregierung, federführend die (Ex-)Minister Pröll, Grasser und Bartenstein, haben im NAP für die zweite Handelsperiode von 2008-2012 der Industrie und E-Wirtschaft 33 Mio. Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr zugestanden. Würde laut EU-Richtlinie die Vereinbarkeit mit dem nationalen Klimaschutzziel Österreichs von minus 13 Prozent beachtet werden, dürften nur knapp 25 Mio. Tonnen CO₂ an Industrie und E-Wirtschaft zugestanden werden. Die Differenz von acht Mio. Tonnen CO₂ belastet direkt Österreichs CO₂-Bilanz, dieser Fehlbetrag muss durch den Ankauf von Zertifikaten durch den Staat ausgeglichen werden.

Und das bedeutet, auf Kosten jedes(r) Einzelnen ...

SACKGASSE EMISSIONSHANDEL

Während Organisationen wie Greenpeace fordern den Emissionshandel von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern um der "Standortlogik" entgegen zu wirken, zeigt die Entwicklung tatsächlich, dass kapitalistische Mechanismen das Problem nicht lösen können. Emissionshandel bedeutet nichts anderes als aus der Verschmutzung der Umwelt selbst auch noch ein Geschäft zu machen; statt das Verursacherprinzip anzuwenden und die Luftverpester zur Kasse zu bitten.

Kapitalismus heizt ein!

der Art, wie im Kapitalismus Waren produziert und transportiert werden, zuzuschreiben. Fabrikschornsteine und LKWs leisten einen deutlich größeren Beitrag zum Klimawandel, als es der PKW-Verkehr tut. (siehe auch Kasten)

Doch wir leben in einem System, in dem die Profite weniger KapitalistInnen mehr bedeuten als das Wohl der Mehrheit der Menschen und der Umwelt. Strenge Gesetze gegen die Umweltverschmutzung durch Industrielle und Frächter sind Standortnachteile, und die Unternehmen wandern in andere Gebiete ab, wo sie billiger produzieren können und geringere oder keine Umweltauflagen zu erfüllen haben. Neoliberale IdeologInnen verteidigen das sogar noch zynisch als "moderne" Form der Entwicklungshilfe.

Viele der multinationalen Konzerne und andere, kleinere, aber regional einflussreiche Unternehmen machen ihre Profite mit der Förderung fossiler Energieträger, mit Autos und Straßenbau sowie im Energiesektor oder beim Flugverkehr. Mit aller Kraft verteidigen sie Kraftwerke und Raffinerien, Versorgungsnetze und Verkehr. Schritte zur Energieeinsparung bedrohen unmittelbar ihre Einnahmequellen.

KONZEPTE DER KAPITALISTINNEN

Im August 2006 fand im südafrikanischen Johannesburg der UNO-Umweltgipfel statt. 60.000 Delegierte aus 190 Ländern verpulverten zehn Tage lang geschätzte 150 Mio. Dollar, während sie über die Zukunft der Erde diskutierten. Worin bestand das Ergebnis? Zwar wurde erklärt, dass umweltfreundliche Energieträger (Solarenergie, Wind, Wasser, etc.), grundsätzlich zu befürworten sind und gefördert werden sollten, doch blieb es jedem Staat freigestellt, sich selbst auszusuchen wie und in welcher Form der Ausstoß von CO₂ verringert werden sollte. Es wurde eine "freiwillige Selbstverpflichtung" erhoben, deren Nichteinhaltung keinerlei Konsequenzen hat. Das Kommentar des Saudi-Arabischen Handelsministers zu diesem Verhandlungsergebnis: "Alle sind glücklich." 1995 wurde ein Lobbyverband gegründet, dem unter



anderem der Weltverband der Chemischen Industrie, der Bund der Deutschen Industrie und auch das Europäische Atomforum angehören. Der Vorsitzende des Verbandes, Moddy Stuart, zuvor Aufsichtsratsvorsitzender des Ölkonzerns Shell, im Vorfeld des Gipfels in Johannesburg: "Wir möchten auf dem Weltgipfel eine konstruktive Rolle spielen. Die Industrie ist ein Teil der Lösung bei der Schaffung einer nachhaltigen Entwicklung". Tatsächlich gefordert wurden weitere Privatisierungen in der Energie- und Wasserversorgung. Diese Wünsche wurden in den Gipfeldokumenten selbstverständlich berücksichtigt. Doch bedeutet die Privatisierung der Energie- und Wasserversorgung, keinen Klimaschutz, sondern genau das Gegenteil. UnternehmerInnen werden auch noch das letzte aus den natürlichen Ressourcen herauspressen, zum Schaden von Menschen und Umwelt. Während die UNO davon ausgeht, dass bis 2025 rund zwei Drittel der Menschheit an Wassermangel leiden werden, haben sich etwa die "Wasserprofite" von Investoren wie Vivendi und

RWE in den letzten Jahren vervielfacht. (Siehe z.B.: <http://www.attac.de/gats/wasser/wassermarkt/weltwassermarkt.php>)

KYOTO-PROTOKOLL

Einer der Meilensteine der kapitalistischen "Strategie" gegen (?) die Klimaerwärmung ist das Kyoto-Protokoll, das 2005 in Kraft trat. Doch das ist nicht mehr als eine Farce. Das Ziel ist nämlich nicht einmal die Reduzierung des Treibgasausstoßes, sondern nur die Verlangsamung des Anstiegs. Der weltweite Temperaturanstieg soll so bis 2050 um 0,1 Grad verringert werden. Wenn man/frau aber davon ausgeht, wie neueste Forschungen besagen, dass die Temperatur in diesem Zeitraum um ca. 3 Grad ansteigen wird, so ist die Bezeichnung "Ein Tropfen auf den heißen Stein" wohl auch schon zu nett formuliert. Dazu kommt, dass sich die Vereinigten Staaten, als stärkste Industrienation und damit größter "Ökosünder" nicht einmal an diesem Programm beteiligen.

SOZIALISTISCHER PLAN STATT KAPITALISTISCHEM CHAOS

Im Kapitalismus produziert jedes Unternehmen nur auf Grund der Profitinteressen des/der jeweiligen UnternehmerIn. Das führt dazu, dass die Löhne so niedrig wie möglich gehalten werden, und nur dann Rücksicht auf Umweltfragen gelegt wird, wenn es sich rentiert. Da alle KapitalistInnen miteinander in Konkurrenz stehen, verstärkt sich dadurch natürlich der Druck, möglichst billig zu produzieren. Auf Dauer führt das nicht nur zu einem schlechten Lebensstandard für die meisten Menschen, sondern auch zu Umweltkatastrophen. Jährlich werden tausende Hektar Wald abgebrannt, damit Lebensmittelkonzerne oder GrundstücksspekulantInnen höhere Profite erwirtschaften. Die Forschungsergebnisse im Bereich erneuerbare Energien, alternative Treibstoffe, etc. werden vor der Öffentlichkeit versteckt, damit die Konkurrenz nicht schneller ein Produkt auf den Markt bringen kann.

Es tut heute mehr denn je Not, den kapitalistischen Wahnsinn zu beenden. Die UnternehmerInnen steuern die Welt, ob gewollt oder ungewollt, direkt nicht nur auf eine soziale, sondern auch auf eine ökologische Katastrophe zu. Es ist notwendig, die Konzerne zu enteignen und sie in Allgemeigentum zu überführen. Sie dürfen nicht mehr von den KapitalistInnen verwaltet werden, sondern von den Beschäftigten und den KonsumentInnen gemeinsam mit Hilfe eines demokratischen Plans. In einem demokratisch erstellten Plan würde zwischen den Bedürfnissen der Menschen nach Produkten und Mobilität und dem Bedürfnis nach einer intakten Umwelt gemeinsam und transparent abgewogen. In einer sozialistischen Gesellschaft wäre der Antrieb für die Produktion grundsätzlich nicht mehr das Interesse am Profit einiger weniger, sondern die gemeinsame Sorge um das Wohlergehen aller Menschen und der Umwelt. Zumindest die Ausgangslage für den Stopp der Klimakatastrophe wäre somit eine grundlegend andere und entscheidend bessere als im Kapitalismus.

Klimaschutz mit zweierlei Maß

Die Konzepte der PolitikerInnen entlasten die Wirtschaft und belasten die KonsumentInnen

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Die Klimaschutzdebatte ist voll entbrannt. PolitikerInnen verschiedener Coleurs überschlagen sich in "grünen" Vorschlägen. Eine genauere Betrachtung der verschiedenen Konzepte zeigt allerdings, dass sie so unterschiedlich nicht sind. Und, dass sie v.a. eines verbindet: eine weitere Umverteilung von unten nach oben, deren Wirksamkeit in Bezug auf den Klimaschutz darüber hinaus zweifelhaft ist.

IST FLIEGEN ZU BILLIG?

Konkret zeigt sich das u.a. bei der Debatte über die Frage von CO₂-Emissionen im Auto- und Flugverkehr. Gefordert wird - u.a. von ÖVP-Umweltminister Pröll und den Grünen - eine Verteuerung des Fliegens. Die stellvertretende Bundessprecherin Eva Glawischnig meint: "Fliegen ist definitiv zu billig." Laut Grünen soll dem mit einem 50 Euro-Klimabeitrag pro Flug, der Einhebung von Mehrwertsteuer auf Flugtickets, der Einführung der Grundsteuer für Flughäfen sowie mittels der Einführung einer Kerosinbesteuerung für Inlandsflüge abgeholfen werden. Würden diese Maßnahmen die Anzahl der Flüge reduzieren? Wohl kaum. Den Businessfliegenden sind die Preise ohnehin egal - die Firma zahlt. Die UrlaubsfliegerInnen werden in den sauren Apfel beißen und mehr zahlen. Denn natürlich würden die Fluggesellschaften alle Erhöhungen (und vielleicht noch ein bisschen mehr)

auf die Preise draufschlagen. Ähnlich die Frage beim PKW-Verkehr. Wobei hier etwas differenzierter argumentiert wird und spritfressende Autos gegen "Sparmodelle" gestellt werden.

WOHER KOMMT DER VERKEHR?

Völlig fehlt in der Debatte die Frage: Warum nimmt der Verkehr so zu? Die Bundesregierung verlangt von Arbeitslosen, sie müssen ihre "Mobilität" erhöhen. D.h. sie müssen bereit sein, weiter zur Arbeit zu pendeln (weiter als bisher schon eine Stunde pro Richtung). Gleichzeitig wird beim öffentlichen Verkehr eingespart. Nicht bei den Haupttrouten - aber bei Nebenlinien und Postbusverbindungen. Aus diversen burgenländischen Gemeinden z.B. müssen die Menschen nach Wien in die Arbeit pendeln. Der Postbus wurde aber eingestellt, die Züge ausgedünnt - da bleibt meistens nur das Auto.

Aber auch im Freizeitverkehr ist der öffentliche Verkehr oft keine Alternative, weil die Preise immer höher werden. Europaweit ist es häufig billiger zu fliegen bzw. mit dem Auto zu fahren, als den Zug zu nehmen. Dies nicht etwa deshalb, weil die Flugpreise so gesunken sind, sondern weil in Folge von Privatisierungen und Zerschlagungen der Bahn-Unternehmen die Bahnpreise stark angestiegen sind. Und wer versucht, durch Europa ohne die hohen ICE-, AVE- oder TGV-Zuschläge zu kommen, der scheitert an der Unpünktlichkeit der Bahnen.

Im Gegensatz dazu nimmt der Transport von

Waren auf der Straße ständig zu. Um sich Lager- und Arbeitskosten zu sparen werden Waren quer durch Europa in LKWs hin- und hergeführt. Dies ist deshalb so günstig möglich, weil die Umweltkosten des Transits auf die Allgemeinheit abgewälzt werden und die Löhne der LKW-FahrerInnen katastrophal niedrig sind. Die Antwort der Bundesregierung: "Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Transportwirtschaft wird die KFZ-Steuer für LKW halbiert".

WIE KANN DER VERKEHR REDUZIERT WERDEN?

Weltweit liegt die Auslastung bei Flügen durchschnittlich bei gerade einmal 66,2%. D.h. das ein Drittel der Sitze leer bleibt. Gerade im inner-europäischen Flugverkehr fliegen oft Flieger unterschiedlicher Gesellschaften dieselbe Strecke fast zeitgleich - beide halb leer. Der Konkurrenzkampf im Flugverkehr schadet der Umwelt. V.a. durch die Privatisierungen auch der Fluggesellschaften entstehen ständig neue Unternehmen, die versuchen, sich gegenseitig nieder zu konkurrieren: auf Kosten der Sicherheit, der Beschäftigten und der Umwelt. Wenn die PolitikerInnen Strafsteuern für KonsumentInnen fordern, dann bedeutet das nichts anderes, als das ArbeitnehmerInnen einen größeren Anteil ihres (Urlaubs-)Geldes zahlen müssen. Gäbe es Arbeitsplätze in der Wohngegend von Menschen, könnte viel für Menschen und Umwelt unangenehmer Pendlerverkehr eingespart werden. Würden das Verkehrswesen vergesell-

schaftet, dann könnten sich Preise, Flüge, Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Umweltschutzgedanken an den Bedürfnissen der Mehrheit der ArbeiterInnenklasse orientieren. Zugfahren wäre billiger und pünktlicher, Busse würden auch in entlegene Orte fahren, der Flugverkehr könnte entsprechend des Bedarfs auf ein Optimum reduziert werden.

WIR WOLLEN DEN NULLTARIF AUF ÖFFIS!

Aber solche sozialistischen Ideen kommen in den Modellen der etablierten (und pro-kapitalistischen) Parteien nicht vor. Statt Ausbau und Nulltarif auf Öffis fordern die Grünen höhere Spritpreise. Statt höherer Einkommensbesteuerung für Reiche fordert SPÖ-Gusenbauer ebenso wie die FPÖ höhere Konsumbesteuerungen. Statt einem Ende der Privatisierungen fordert die ÖVP "weniger Staat". Alles Maßnahmen, die an den Dreckschleudern der Privatwirtschaft, den Transit-Umweltsündern und dem umweltschädlichen Pendeln nichts ändern werden. Aber die Steuerleistungen von ArbeitnehmerInnen erhöhen. Und aus diesem Topf werden dann Steuererleichterungen für Unternehmen finanziert. Besonders wenn sie unter dem Dekmantelchen "ökologisch" erfolgen. Im Klartext: Sie und ich zahlen mehr, damit die Unternehmen ihre Investitionen vom Staat finanziert bekommen und so einen Wettbewerbsvorteil erhalten und ihre Profite steigern. Umweltschutz à la Kapitalismus.

Dänemark: Gebäude zerstört, in dem bereits Lenin und Luxemburg zu Gast waren:

Bulldozer gegen "Ungdomshuset"

Am Montag, dem 5. März, drangen Bulldozer und ein riesiger Bagger in ein historisches Gebäude in Kopenhagen, das Jugendhaus "Ungdomshuset", ein und zerstörten es. Dieses Haus hatte eine mehr als 100-jährige politische Geschichte und beherbergte einst sozialistische Revolutionäre wie Lenin und Rosa Luxemburg.

Bei einer Räumungsaktion am 1. März von hunderten junger Leute, die das Gebäude besetzt hatten, landete bereits ein Helikopter auf dem Dach des Ungdomshuset. Es kam zu erbittertem Widerstand. Nach drei Tagen und Nächten heftiger Kämpfe wurden 650 Menschen verhaftet. Zusätzliche Polizeifahrzeuge wurden aus Schweden und den Niederlanden angefordert und der Gefängnisdirektor sagte, dass die Zellen "prall gefüllt" seien. Einige Viertel rund um den Ort, an dem die Polizeiaktionen in Kopenhagen stattfanden, sollen Berichten zufolge wie Kriegsgebiete ausgesehen haben.

Es kam zu Solidaritätsdemonstrationen in ganz Dänemark und anderen nordeuropäischen Ländern. Das "Ungdomshuset" hat einen besonderen Platz in den Herzen von Millionen Linken. Es wurde Ende des 19. Jahrhunderts als Zentrum für sozialistische und Gewerkschaftstreffen gebaut. Seit Jahrzehnten wurde es von Jugendlichen besetzt und organisiert, die es als soziales Zentrum nutzten.

Eine 25-jährige Frau äußerte sich gegenüber ReporterInnen, dass die Zerstörung des Hauses die Konsequenz aus dem politischen Rechtsruck in Dänemark ist und der Aushöhlung des Sozialsystems. Sie spüre, dass die Proteste ebenso eine Demonstration gegen die Regierung von Premierminister Anders Fogh Rasmussen waren, wie auch der Versuch, das Jugendhaus zu verteidigen. Statt der Zerstörung von Räumen, in denen junge Leute allen möglichen Arten kreati-

ver und kultureller Beschäftigung nachgehen konnten, müssen Staats- und die Regionalregierung mehr Mittel zur Unterstützung Jugendlicher und Erwerbsloser bereitstellen.

Aus dem Bericht von Sarah Bruun, CWI-Dänemark:

MANGELNDE EINHEIT UND POLITIKVORSTELLUNG

Die vergangenen paar Tage haben deutlich belegt, dass es nicht nur bei der Linken im Parlament an Einheit mangelt, sondern auch grundsätzlich. Die Linke hat in der Unterstützung für die Jugendlichen vollkommen versagt.

Die "Führung" des Ungdomshuset war auch mehr darauf aus, in den Medien zu erscheinen, als die Protestbewegung strukturiert zu organisieren. Das führte zu sich ausbreitenden aktionistischen statt zu vereinten Aktionen und zu mangelnder politischer Auseinandersetzung über ein praktikables Vorwärtkommen unter den AktivistInnen.

Wir werden in den nächsten Wochen unter Garantie noch weitere Demonstrationen erleben und wann sich die Lage entspannt, ist schwer zu sagen. Das hängt zum einen davon ab, ob die Linke in dieser Situation erfolgreich sein kann, die AktivistInnen unter einem gemeinsamen Banner zusammenzubringen. Zum anderen davon, wann die AktivistInnen zu erschöpft sein werden, um mit dem Kampf fortzufahren.

Egal, wie diese Bewegung sich entwickeln wird, wir können die Tatsache nicht rückgängig machen, dass ein 100 Jahre altes, historisches Gebäude bewusst zerstört wurde. Damit starb ein weiterer Teil unserer Kultur. Solche Zerstörungswut und Ungerechtigkeit ist Teil des Neoliberalismus.

Vollständiger Bericht auf www.slp.at



Ausbeutung im Tourismus

Ein Bericht von Manuel*)

Saisonarbeit ist immer hart und anstrengend, aber was im Wintertourismus abläuft, schlägt alles.

Heuer hat der Wintertourismus aufgrund des Schneemangels sehr spät angefangen. Die Hotels waren erst kurz vor Weihnachten ausgebucht und so gab es erst Arbeit ab dem 21. Dezember. Im Zillertal sind die Hauptzielgruppen die Gäste aus Russland und Holland.

Der Großteil der ArbeitnehmerInnen sind Billigarbeitskräfte aus Ostdeutschland und anderen Staaten "Osteuropas". Was auch auffällt, ist der rege Personalwechsel in den Gastgewerbebetrieben und selbst Lehrlinge die im letzten Lehrjahr sind, werden bei nicht Erfüllung der hohen Erwartungen gekündigt.

Arbeitszeiten: Sechs-Tage-Woche und acht bis zehn Stunden pro Tag, wobei von 21. Dezember bis 6. Jänner durchgearbeitet wird, ohne freien Tag.

Das Entlohnungssystem besteht nur aus der Umsatzbeteiligung an der eigenen Geldtasche, umso mehr du verkaufst, desto mehr verdienst du. Es gibt keine Überstundenbezahlung oder Feiertagszuschlag.

Durch dieses System ist das Arbeitsklima im Service nicht gerade das Beste. Es entsteht ein Kampf um die Gäste. So kommt es auch vor, dass KollegInnen zu deinen Tisch hingehen, wo gerade neue Gäste Platz genommen haben und die Gäste fragen "ob sie nicht zu einem ihrer Tische wechseln wollen, die sind doch viel schöner."

Den meisten Chefleuten ist das Wort "Freundlichkeit" gegenüber den MitarbeiterInnen unbekannt. Sie sehen nur das Geld (das sie auch zu genüge verdienen) und jemanden zu kündigen macht ihnen sichtlich Spaß. Kranksein wird nicht geduldet in der Wintersaison, ausnahmsweise vielleicht mal zwei Tage aber dann sollte man auf jeden Fall wieder im Betrieb erscheinen, auch mit 40 Grad Fieber. Aber alles was darüber hinausgeht ist ein Kündigungsgrund. Die BetriebsbesitzerInnen können sich es ja erlauben, denn an Angebot auf dem Arbeitsmarkt mangelt es nicht.

*) Manuel arbeitet selbst als Saisonier. Er könnte sich sonst das Studium nicht leisten. Er wurde dabei heuer krank und verlor prompt seinen Job.

SLP goes South!

Wien ist ja angeblich der Wasserkopf in Österreich – auch politische Arbeit angeht. Für die SLP gilt das jedenfalls immer weniger. Februar und März sahen Aktivitäten in verschiedenen Bundesländern und auch den Schritt in den Süden - nach Kärnten.

Sehr weit südlich liegt auch Sri Lanka – als Teil unserer internationalen Solidaritätsarbeit organisierten wir Ende Jänner eine Protestaktion vor der sri lankesischen Botschaft. Sie richtete sich gegen die – auch aus Regierungskreisen unterstützte bzw. geduldet – Gewalt gegen Jene in Sri Lanka, die sich für ein Ende des Bürgerkrieges und die Rechte der tamilischen Bevölkerungsminderheiten einsetzen. Es wurde eine von GewerkschafterInnen und diversen politischen Organisationen unterzeichnete Resolution übergeben. Dem Botschaftssekretär waren unsere wiederholten Proteste sichtlich unange-

nehm und selbst er musste eingestehen, dass die Teilnahme eines stellvertretenden Ministers an Übergriffen auf eine Anti-Kriegs-Kundgebung abzulehnen ist.

Solidarität mit ausländischen KollegInnen – das stand u.a. auch im Mittelpunkt unserer Aktionen gegen die FPÖ. Unsere Kundgebung "Remember 12. Februar 1934 - Wehret den Anfängen" vor der FPÖ-Zentrale in Wien stieß auf reges Interesse bei den PassantInnen: Unsere Zeitung ging weg "wie die warmen Semmeln". Und auch bei den von uns mitorganisierten Protesten in Ried gegen das Aschermittwochstreffen der FPÖ am 21.2. beteiligten sich Jugendliche aus Ried direkt. Vor dem Eingang zum FPÖ-Veranstaltungsort waren auch extra angereiste BFJ'ler zu sehen. Bei der antirassistischen Kundgebung führten junge MigrantInnen eine spontane Rap-Performance gegen Rassismus auf.

Der 8. März stand ganz im Zeichen des internationalen Frauentages – in Linz organisierten wir eine Kundgebung zum Thema, in Wien beteiligten wir uns an der traditionellen Frauen-Demonstration und organisierten eine Kundgebung gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen vor der Lugner-City. Die Security der Lugner-City hat offensichtlich nicht überbissen, dass zumindest die Hälfte ihrer KundInnen Frauen sind und die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, die gegen das in der Lugner-City untergebrachte VenusMed demonstrieren genau diese Frauen belästigen. Ihre Versuche, unsere Kundgebung zu stoppen verliefen allerdings ergebnislos...

Die Jahreskonferenz der SLP Anfang März stellte den Startpunkt für ein kämpferisches 2007 dar. Petra, 22 und angehende HS-Lehrerin für Mathe & Musik brachte es auf den Punkt: "Anstatt etwas gegen Studienge-

bühren, Arbeitslosigkeit und Rassismus zu unternehmen, verschärfen die herrschenden Parteien mit ihrer Politik die Missstände in unserer Gesellschaft. Mir reicht's! Ich hab genug von dem etablierten Parteien-Einheitsbrei und den leeren Versprechungen. Gemeinsam mit der SLP möchte ich nun beginnen, auch in Klagenfurt ein kämpferische, sozialistische Alternative aufzubauen, wie sie Kärnten schon lange nötig hätte." Wir möchten ergänzen: wie sie Österreich schon lange nötig hat.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

KÄRNTEN

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 19 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 18 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Montag um 19 Uhr,
Bunte Kuh, 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



www.slp.at bringt Analysen zu aktuellen Themen und aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt.

Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



Neues aus dem CWI

Deutschland: Rentenalter auf 67 erhöht!

Angesichts dieses Angriffs und der Gegenwehr aus Betrieben und Gewerkschaften ist in Deutschland eine heftige Debatte um den - offiziell verbotenen - politischen Streik entbrannt. Unsere deutsche Schwestersektion hat dazu eine Kampagne gestartet und u.a. eine Broschüre produziert.

<http://www.sozialismus.info>

Niederlande: Linke SozialistInnen zweitstärkste Partei

Die niederländische Sozialistische Partij (SP) war laut Radio Nederland die "größte Gewinnerin" bei den am 7. März abgehaltenen Provinzwahlen in den Niederlanden. Hierbei ging es um die Stimmabgabe für die Provinzvertretung der Staatsregierung, welche als Bindeglied zwischen Zentralregierung und den Regionen fungiert. Quer durch alle 12 Provinzen erzielte die breite linke Oppositionspartei SP dabei die größten Zuwächse an Sitzen und ist in zwei Provinzen zur zweitstärksten Partei avanciert. (...)SP-Vorsitzender Jan Marijnissen brachte während des Wahlkampfes allerdings auch verschiedene Bemerkungen mit eindeutiger Ausrichtung vor: Wir haben es nicht in die Regierung geschafft, aber beim nächsten Mal wird es klappen. Die Gruppe Offensief (CWI), die in der SP mitarbeitet, argumentiert demgegenüber, dass eine Regierungsbeteiligung mit irgendeiner der großen Parteien für die SP zu einem Desaster führen wird. Alle etablierten Parteien sind für die Marktwirtschaft und für Kürzungen. Die SP würde in einer Koalition mit jeder dieser Parteien nur als "linkes Feigenblatt" für Angriffe auf die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen und Attacken auf ImmigrantInnen dienen. Sie würde denselben Weg gehen wie die Sozialdemokraten, die vormals als Partei der ArbeiterInnenklasse angesehen wurden.

Ganzer Bericht auf:
www.slp.at

Neu auf der
SLP-Homepage:

Berichte vom
Weltkongress des CWI,
ein Interview mit unseren
US-GenossInnen zum Irak-
krieg und vieles mehr.

www.socialistworld.net

Nach Sanktionen drohen der Zivilbevölkerung jetzt Bomben als "Geschenke" des Imperialismus

Iran: Wird es Krieg geben?

von Franz Breier jun.,
SLP Wien

Weltweit existieren über 27.000 Atomsprenköpfe, wovon alleine die USA und Russland zusammen ca. 90 Prozent halten. Keine dieser Massenvernichtungswaffen hat die Welt sicherer gemacht oder Probleme wie Armut gemildert. Die Aufrüstung durch Länder wie Iran ist letztlich ein Glied in der Kette kapitalistischen Wahnsinns.

DIE VORWÄNDE FÜR KRIEG

In absehbarer Zukunft könnten sich Luftschläge gegen Iran anbahnen; ausgeführt von der Luftwaffe Israels sowie den US-Streitkräften, die in der Region stationiert sind. Das Hauptargument der Herrschenden in Israel ist der Schutz Israels vor künftigen Angriffen Irans. Der derzeitige Präsident Ahmadinedschad hat in letzter Zeit mit aggressiven antisemitischen Sprüchen für Unruhe gesorgt. Die Olmert-Regierung in Israel scheint damit zu spekulieren, dass Luftschläge ihr eigenes angeknackstes Prestige wiederherstellen könnten. In Folge des Debakels des Libanon-Krieges 2006 und diverser Skandale lag die Partei Olmerts in Umfragen bereits bei mickrigen sieben Prozent. Doch würde es Olmert & Co. wirklich um den Schutz der israelischen Bevölkerung gehen, wäre nicht ein Drittel der Kinder in Israel von Armut betroffen. Viele ArbeiterInnen haben in den letzten Jahren starke Einschnitte in ihrem Lebensstandard hinnehmen müssen. Der Libanon-Krieg



hat neben den Verwüstungen dort auch der Mehrheit der israelischen Bevölkerung keine Verbesserung gebracht - im Gegenteil. Die Eskalationen, die ein Militärschlag langfristig bringen würde, werden alle Menschen in der Region (und darüber hinaus) zu spüren bekommen.

FÜHRT BUSH DAS NÄCHSTE DEBAKEL AN?

US-Präsident Bush ignoriert die Schlußfolgerungen des Irak-Reports von Baker-Hamilton, in dem sich der Standpunkt des mittlerweile größeren Teils der herrschenden



Klasse in den USA ausdrückt. Eine der Rechtfertigungen Bushs für einen möglichen Militäreinsatz ist der Vorwurf, Iran würde aufständische schiitische Milizen im Irak mit Waffen versorgen. Dem hält der Irak-Report entgegen, dass die überwiegende Anzahl der Kampfhandlungen gegen die Besatzer von sunnitischen Irak ausging. Diese werden von Kräften in arabischen Ländern finanziert. Wohl ist eine Invasion des Iran nahezu völlig ausgeschlossen. Doch auch die Konsequenzen einzelner Luftschläge dürfen angesichts des bereits vorhandenen Chaos im Nahen Osten

nicht unterschätzt werden. Massenproteste in der mehrheitlich moslemischen Welt könnten an den Grundfesten jener arabischen Regimes rütteln, auf die der US-Imperialismus als Unterstützer baut.

ANGRIFFE STÄRKEN KONSERVATIVE KRÄFTE IM IRAN

Das Regime Ahmadinedschad steht seinerseits unter wachsendem inneren Druck. Die Präsidentschaftswahl gewann er vor allem mit sozialpopulistischen Versprechungen. Doch die Hoffnungen, die viele in ihn gesetzt hatten,

schwinden. Iran ist alles andere als ein einheitlicher Block. Neben der jahrzehntelangen Unterdrückung politischer Opposition durch die Mullahs gehört etwa die Hälfte der Bevölkerung in Iran verschiedenen Minderheiten an. Die ArbeiterInnen in Iran hätten die Stärke, den Entwicklungen von Krieg und Nuklear-Wahnsinn eine Alternative gegenüberzustellen. Imperialistische Militärschläge gegen Iran würden unmittelbar zur Stärkung des Mullah-Regimes und zur Schwächung oppositioneller Ansätze führen. Ahmadinedschad würde gestärkt den Führer der Landesverteidigung spielen können. Mehr noch. Das Regime in Iran könnte im Kriegsfall eine besondere Waffe zum Einsatz bringen: Die Verknappung der Erdöl-Lieferungen. Dies könnte den entscheidenden Ruck für einen Absturz der Weltwirtschaft bedeuten. Aus all diesen Gründen ist es nötig, gegen die Kriegspolitik des Imperialismus aufzutreten.

DIE UNABHÄNGIGE ARBEITERINNENBEWEGUNG

Weder das Säbelrasseln der Regierungen Bush und Olmert noch die kapitalistische Diplomatie mitsamt ihren UN-Sanktionen können die Probleme lösen. Friede und Sicherheit für die Menschen im Nahen Osten, einschließlich Israel, wird es erst dann geben, wenn der Kapitalismus in der gesamten Region überwunden ist. Nötig ist die Unterstützung von Ansätzen für den (Wieder-)Aufbau multi-ethnischer ArbeiterInnen-Bewegungen in der Region.

Venezuela: Sturz des Kapitalismus ist möglich ...

... aber was tut Chavez?

von Markus Klostermann,
SLP-Salzburg

Im Dezember letzten Jahres wurde Hugo Chavez erneut zum Präsident der Bolivari-schen Republik Venezuela gewählt. Bereits vor der Wahl hatte er versprochen, einen radikaleren Kurs einzuschla-



gen als zuvor, es folgten erneut euphorische Ansprachen über den Aufbau des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Chavez kündigte erneut Verstaatlichungen an und berief sich in seinen Reden auf Trotzki und machte dessen Ideen somit für eine breite Masse zu einem aktuellen Thema.

VERSTAATLICHUNG DER ÖLINDUSTRIE

Ende Februar unterzeichnete Chavez ein Dekret zur Verstaatlichung der Ölindustrie im Orinoko-Becken, Anfang März konnte man bereits das Ergebnis sehen: eine Umwandlung der Unternehmen in Joint-Ventures mit einer Kapitalmehrheit des Staats. Chavez spricht zwar von Leo Trotzki und seinen Ideen, setzt sie aber nicht um. Wie auch in früheren, kleineren Verstaatlichungen gibt es in den Betrieben keine ArbeiterInnenkontrolle. Auch Profite werden weiter von Privaten eingestreift - wenn auch wohl nicht mehr im selben Ausmaß. Chavez hat es bisher erneut versäumt, einen ersten wirklich konsequent durchgeführten Schritt zur politischen und wirtschaftlichen Entmachtung der herrschenden Klasse zu setzen.

PROJEKT EINHEITSPARTEI

Die Regierung Chavez setzt sich aus vielen verschiedenen Parteien zusammen, die er nun vereinen will. Die Gründung der "Partido Socialista Unido de Venezuela" (PSU) soll im Dezember diesen Jahres abgeschlossen sein. Chavez verspricht einen demokratischeren Aufbau, womit er auf Kritik an der Bürokratie reagiert. Das Motto der PSU soll "Vaterland, Sozialismus oder Tod" lauten, es ist jedoch noch nichts über Programm, Struktur und Arbeitsweise der Partei bekannt. Offen ist, ob sie eine "Vereinigte Sozialistische Partei" oder eine "Sozialistische Einheitspartei" wird. Der Prozess zur Parteibildung selbst erscheint jedenfalls nicht immer demokratisch. Die Regierungsparteien haben ein Ultimatum erhalten. Parteien, die sich nicht auflösen und der PSU anschließen, würden sich außerhalb der Regierung wiederfinden. Bis-

her unterstützt nur die Partei Chavez', die MVR, diesen Prozess. Der Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenmassenpartei ist ohne Zweifel ein wichtiges Teilstück auf dem Weg zum Sozialismus, der ohne eine solche Partei auch nicht zu Ende gegangen werden kann. Dabei ist es jedoch von großer Bedeutung ein klar sozialistisches Programm auszuarbeiten und Strukturen zu schaffen, die der Bildung einer privilegierten Bürokratie keine Chance geben und eine von unten aufgebaute Demokratie sicherstellen. Die Mitglieder des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale in Venezuela werden sich an diesem Prozess beteiligen und versuchen einen klaren Klassenstandpunkt einzubringen. Sie tritt auch unabhängig der neuen Parteigründung für die Rechte der ArbeiterInnen ein, die in Venezuela trotz so mancher Verbesserung noch immer mit Füßen getreten werden.

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

Kündigungsschutz für Lehrlinge wird abgeschafft

Wir wehren uns!

Von Martin Ramberger,
SLP-NÖ

Großangriff der Regierung auf Lehrlinge geplant: Künftig sollst Du nach dem ersten und zweiten Ausbildungsjahr leichter als bisher auf die Straße gesetzt werden können!

Gusenbauer und Co. setzen damit die Linie fort die schon im Jahr 2000 Verschlechterungen beim Kündigungsschutz für Lehrlinge (Verlängerung der Probezeit etc...) bedeutet hat. Und das, obwohl Ende Februar 18.000 Jugendlichen auf Lehrplatzsuche lediglich 3.090 Lehrstellen gegenüberstanden.

UNTERNEHMEN KRIEGEN
8.400 EURO PRO LEHRLING!

Das Modell der Förderung der Unternehmen, die Lehrlinge anstellen ("Blum-Bonus"), hat damit zwar bereits offensichtlich versagt. Trotzdem wird es verlängert. Diesen "Bonus" gibt es seit September 2005, wenn man sich das durchrechnet kommt man auf die stattliche Ziffer von 8.400,- Euro pro Lehrling der nach dieser Maßnahme gefördert wird. Die Gewerkschaftsjugend zeigt aber auch auf, dass der Blum-Bonus v.a. zur Subventionierung von Unternehmen dient: Mit Stichtag Ende Mai 2006 gab es zwar im Jahresvergleich 3.743 zusätzliche Lehrplätze, die Blum-Förderung wurde aber für 11.422 Lehrstellen ausgeschüttet. Der Blum-Bonus ist aber nicht die einzige Förderung, die Unternehmen erhalten: sie ersparen sich große Teile der Sozialversicherung für Lehrlinge (die übernimmt der Staat) und erhalten außerdem 1000,- Euro pro Jahr und Lehrling "als Ersatz für die Lohnkosten während der Berufsschulzeit".



JUGENDAUSBILDUNGS- SICHERUNGSGESETZ (JASG) STATT LEHRSTELLEN

Der Blum-Bonus ist gestaffelt: Im ersten Jahr bekommt das Unternehmen am meisten. Die neue Regierung will nun Bedingungen schaffen, die das Kündigen von Lehrlingen am Ende des ersten und zweiten Lehrjahres ermöglichen. Klar, dass viele Unternehmen die Lehrlinge dann kündigen, wenn sich die Förderungen halbieren. Aber die Regierung hat vorgesorgt, denn dann soll es eine "Aufnahmegarantie für den Lehrling in die Erstausbildungsangebote" im Rahmen des Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz (JASG) geben. Die sogenannten JASG-Maßnahmen werden inzwischen über das Arbeitsmarktservice (AMS) abgewickelt. Was das konkret bedeuten kann, zeigt z.B. ein "Erfolgsbericht" des AMS in Salzburg an die Unternehmen: "Das vom AMS beauftragte Bildungs-

stitut tritt an die Unternehmen heran und offeriert einen Ausbildungsvertrag mit einem jungen Menschen. Über mehrere Monate lernt dieser im Betrieb wie ein Lehrling. Er kostet jedoch keine Lehrlingsentschädigung - das Taschengeld kommt aus JASG-Mitteln (...)." Nicht vom Regen in die Traufe, sondern von der Ausbeutung als Lehrling in die JASG - ohne Lehrvertrag und mit lediglich einem Taschengeld aus Steuermitteln ...

WIE GEHT'S ANDERS?

Die SLP tritt prinzipiell für überbetriebliche Lehrwerkstätten ein, da die Erfahrung zeigt, dass Lehrlinge oft nur als billige Hilfskräfte missbraucht, anstatt ordentlich ausgebildet werden. Die Ausbildung kann in Lehrwerkstätten u.a. deshalb besser sein, weil man sich besser auf die Arbeit konzentrieren kann ohne sich fürchten zu müssen gekündigt zu werden. Aber zuerst stellen sich nun die Fra-

gen: Warum zuerst Unternehmen fördern, damit sie dann Lehrlinge nach einem Jahr feuern und dann in öffentliche Maßnahmen, JASG bzw. Lehrwerkstätten, abschieben, die von öffentlicher Hand bezahlt werden? Warum nicht gleich Unternehmen, die nicht ausbilden, zur Kasse bitten? Warum nicht die Förderungen von jenen, die nicht ordentlich ausbilden bzw. Lehrlinge vorzeitig kündigen, zurückfordern? Warum nicht gleich ordentliche Lehrwerkstätten auf- und ausbauen? Das sind Fragen, die die Regierung und das System, in dem wir momentan leben, nicht beantworten können. Wir treten für eine gesicherte Ausbildung für Lehrlinge und SchülerInnen ein und kämpfen deshalb für die Beibehaltung des Kündigungsschutzes! Jede/r, der/die unsere Kampagne unterstützen möchte, findet dazu näherer Informationen unter www.slp.at.

Die Fakten

JUGEND-ARBEITSLOSIGKEIT UND LEHRSTELLENMANGEL

- ▶ Offiziell sind in Österreich 10,3% aller Jugendlichen arbeitslos (seit 2000 eine Verdopplung).
- ▶ Seit 1980 ist die Zahl der Lehrlinge von 200.000 auf 126.000 gesunken.
- ▶ Im Frühjahr 2006 suchten ca. 18.000 eine Lehrstelle in einem Betrieb.
- ▶ Das Lehrstellenangebot ging vom 11/2005 bis 11/2006 um 10,4% zurück.

UNTERNEHMER-SUBVENTION UND LOCKERUNG DES KÜNDIGUNGSSCHUTZES

- ▶ Die Blum-Förderungen werden verlängert (2006 gab es 3.743 zusätzliche Lehrplätze, aber die Förderungen wurden für 11.422 ausbezahlt => Mitnahmeeffekt für Unternehmen 200%)
- ▶ Verlängerung der Probezeit auf 3 Monate und zur Zeit werden 12% der Lehrverträge nach der Probezeit aufgelöst.
- ▶ Geplante Maßnahmen: leichtere Kündigungsmöglichkeiten am Ende des 1. und 2. Lehrjahres, bei gleichzeitiger Beibehaltung der Ausbildungsprämie von 1000,- Euro für das Unternehmen.

JUGENDAUSBILDUNGS- SICHERUNGSGESETZ (JASG):

- ▶ Zur Zeit sind 38.000 Jugendliche in JASG/§30-Maßnahmen. In Wien sind das 4.000, etwa ein Drittel aller Wiener Lehrlinge
- ▶ Ein "JASG-Lehrling" muss mit 150,- Euro/Monat auskommen

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!